

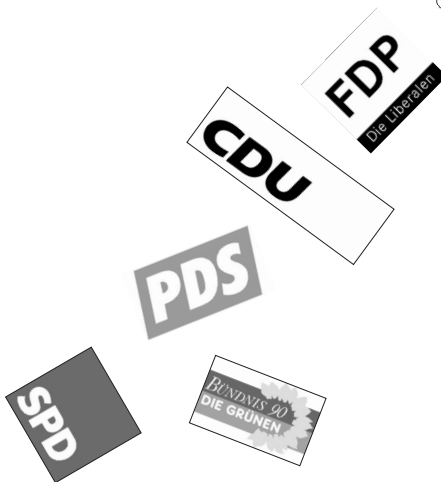
Die Brandenburgische Studierendenvertretung präsentiert

anlässlich der Landtagswahl am 19. September 2004

Die studentischen

Wahlprüfsteine

zu Bildung, Wissenschaft und Forschung



Die grösste Strafe für all jene,
die sich nicht mit Politik be-
schäftigen, besteht darin,
dass sie von den Leuten
regiert werden, die sich für
Politik interessieren.

Arnold Toynbee (1852-1883)

Hallo Studierende, Lehrende und Forschende Brandenburgs!

Im September ist Landtagswahl, in weniger als drei Monaten entscheiden wir alle über die politische Konstellation der kommenden fünf Jahre - und damit auch über die Entwicklungen in dem Bereich, der uns [ob als Studierende, Lehrende oder Forschende] am meisten betrifft: im Bereich Hochschule, Wissenschaft und Forschung.

Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft, Humankapital als grösste Resource, Wissen als das wichtigste Potenzial des Landes - die Parteien sparen in ihren Wahlkampagnen nicht mit Superlativen. Doch was steckt hinter diesen grossen Worten?

Um das herauszufinden, haben die in der BrandStuVe zusammengeschlossenen Studierendenvertretungen des Landes Wahlprüfsteine entwickelt: 30 Fragen rund um Hochschule, Wissenschaft und Forschung, die von den Parteien nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet wurden.

Die ausführlichen Antworten finden sich auf unserer Webseite www.brandstuve.de zum ansehen oder runterladen. Die folgenden Seiten enthalten eine Synopse für den schnellen, vergleichenden Überblick. Wir haben uns bemüht, gerecht und sinngemäss zu kürzen - falls irgend etwas zu kurz erscheint - einfach online nachlesen!

Viel Spass und Erleuchtung bei der Lektüre
wünscht euch und Ihnen die BrandStuVe ☺

Die studentischen Wahlprüfsteine zu Bildung, Wissenschaft und Forschung sind eine Publikation des BrandStuVe e.V.

Brandenburgische Studierendenvertretung e.V.
Hubertstr. 15 D-03044 Cottbus www.brandstuve.de
Telefon [0355] 69-2055 Telefax [0355-69-2295]

V.i.S.d.P.
Redaktion und Layout:

Martin Bär, Vorsitzender
Andreas Karsten, Koordinator



Visionen oder Spinnereien?

Bitte stellen Sie kurz Ihre Vision der Entwicklung der Hochschullandschaft des Landes bis 2015 dar!

Die CDU wünscht sich Überschaubarkeit und keine Überkapazitäten. Die FDP sehnt sich nach einer bestens ausgebildeten Wissenschaftselite und mehr privaten Hochschulen. Die Grünen träumen von mehr Innovation, mehr Geld und mehr Autonomie. Die PDS hofft auf mehr Demokratie, mehr Kooperation, mehr Frauen und mehr Internationalität. Und die SPD wünscht sich Besinnung, mehr Freiheit, Arbeitsplätze und junge Menschen, die in Brandenburg bleiben.

CDU

Wir wollen am Konzept überschaubarer Hochschulen mit klaren Profilen festhalten, die jungen Menschen eine zukunftsweisende Ausbildung zuteil werden lassen. Die Hochschullandschaft soll - wie derzeit geplant - bis zum Ende des Jahrzehnts ausgebaut werden, aber so maßvoll, dass mit dem anschließend absehbar einsetzenden Rückgang der Studentenzahlen bis 2015 keine Überkapazitäten entstehen.

FDP

Die Liberalen

Exzellente Produkte und Dienstleistungen sind Voraussetzung für die brandenburger Wirtschaft. Diese entstehen durch bestens ausgebildete Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler. Dazu sind hervorragende wissenschaftliche Einrichtungen, Hochschulen und Forschungsinstitute notwendig. Daher muss die Region Berlin/Brandenburg als unabhängige, wettbewerblich orientierte, profilierte und international anerkannte Wissenschaftslandschaft koordiniert fortentwickelt werden. Die Hochschulregion muss Schwerpunkte bilden, bei denen auf exzellente Studiengänge abgestellt wird. Nicht zuletzt bilden private Hochschulen eine wichtige Ergänzung zur brandenburgischen Wissenslandschaft. Brandenburg braucht eine Wissenschaftselite!



Bildung und Wissenschaft mit europäischer Ausrichtung sind wesentliche Markenzeichen des mit Berlin fusionierten Landes

Brandenburg geworden. Wissenschaft ist schon für sich genommen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Studienplätze entsprechen hinsichtlich Struktur und Anzahl der Nachfrage. Kernstück der Wissenschaftsregion ist eine Kooperation der Hochschulen. Die Schwerpunktbildung in der Forschung und die Bereitstellung der notwendigen kritischen Masse für innovative Forschung wurden erleichtert. Die Wissenschaftsverwaltung beschränkt sich auf Koordinationsaufgaben und die Rechtsaufsicht. Sie ist durch Verlagerung von Verwaltungsaufgaben und -kapazitäten an die Hochschulen sehr viel kleiner und effizienter geworden. Der Beamtenstatus im Wissenschaftsbereich ist abgeschafft und der Wechsel zu einer leistungsorientierten Entlohnung ist vollzogen. Der wissenschaftliche Nachwuchs wird über Stipendien der Stiftungen, des Landes und Promotionsstellen an den Hochschulen gefördert.

PDS

Das nötige Umdenken fand endlich statt, die Bedeutung von Bildung wurde erkannt und wird entsprechend gefördert. In ausgewählten Bereichen sind Forschung und Lehre absolute Spitze. Auf jeden Studierenden und jeden Studierrwilligen kommt ein Studienplatz. Die Mitbestimmung wurde verbessert, Demokratie ist Realität. Es gibt eine rege Vernetzung zwischen den Hochschulen Berlins und Brandenburgs, außeruniversitären Einrichtungen und internationalen Kooperationspartnern. Auch Wissenschaft und

Wirtschaft kooperieren und ermöglichen Ausgründungen. Berliner Studierende kommen aufgrund der Qualität und des Services an Brandenburger Bibliotheken. Die deutschlandweit erste Hochschule mit einer Mehrheit an Professorinnen entsteht. Alle Beteiligten schauen belustigt auf die Debatte um Studiengebühren am Anfang des 21. Jahrhunderts. Studierende schliessen ihr Studium mit drei Auslandssemestern in verschiedenen Ländern ab, und der Anteil an ausländischen Studierenden steigt stetig.

SPD

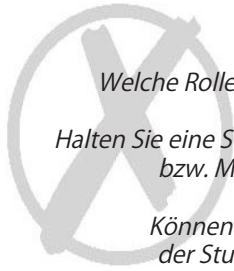
Wir müssen verstärkt in Menschen investieren. Die Erneuerung Brandenburgs kann nur durch die Besinnung auf unsere eigenen Stärken gelingen. Die Wis-

senschafts- und Forschungslandschaft ist dabei ein entscheidender Pfeiler für die zukünftige Entwicklung unseres Landes. Dort werden die Ideen von morgen geboren.

Damit dies so bleibt, wollen wir den Hochschulen mehr Freiheit einräumen. Wir wollen ein Klima der Kooperation zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen schaffen. Durch engste Zusammenarbeit – auch mit Kommunen und Schulen – können neue Innovationskerne entstehen, die zu guten und hoch produktiven Arbeitsplätzen führen. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele der Studentinnen und Studenten in Brandenburg ihre Heimat finden und auch nach ihrem Studium hier ihre Ideen verwirklichen können.



Studentische Selbstverwaltung



Welche Rolle hat Ihrer Meinung nach die verfasste Studierendenschaft?

Halten Sie eine Stärkung bzw. Ausweitung der studentischen Mitwirkungs- bzw. Mitbestimmungsmöglichkeiten für notwendig und sinnvoll?

Können Sie sich vorstellen, die Berliner Regelung zu den Aufgaben der Studierendenschaft zu übernehmen? Falls nein, warum nicht?

Hintergrund: Die Berliner Regelung

Im Berliner Hochschulgesetz wird festgestellt, dass die Studierendenschaft auch eine Rolle in der Gesellschaft hat und in diesem Sinne ein politisches Mandat ausübt. Im Gesetzestext liest sich das so: "Die Studierendenschaft hat die Belange der Studenten und Studentinnen in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen und die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben der Hochschule zu fördern. In diesem Sinne nimmt sie im Namen ihrer Mitglieder ein politisches Mandat wahr."

Die SPD will mehr Demokratie, hat aber noch keine Meinung zur Berliner Regelung. Die CDU will die Fachschaften stärken und sonst alles so lassen, wie es ist. Die FDP macht keine Angaben. Die Grünen wollen ein über die Berliner Regelung hinausgehendes allgemeinpoltisches Mandat. Auch die PDS ist für ein allgemeinpoltisches Mandat und für eine grössere Autonomie der Studierendenschaften.

SPD Es ist richtig, dass im Berliner Hochschulgesetz der Studierendenschaft auch ein politisches Mandat über den reinen Hochschulbereich hinaus zugesprochen wurde. Die Brandenburger SPD hat sich zu dieser Forderung noch nicht eindeutig positioniert, setzt sich aber für eine weitere Demokratisierung der Hochschulen ein und fordert alle Studierenden auf, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte konsequent wahrzunehmen.

CDU Wir sind der Meinung, dass das bestehende System seine Verdienste hat. Es hat sich bewährt und sollte aus unserer Sicht so bleiben; jedoch sollten die Fachschaftsrate gestärkt werden.

**BUNDEIS 90
DIE GRÜNEN** Die verfasste Studierendenschaft ist ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft, der mit einem allgemeinpoltischen Mandat

gestärkt werden sollte. Wir halten eine Ausweitung der studentischen Mitwirkungsmöglichkeiten für zwingend notwendig und können uns in jedem Fall vorstellen, die Berliner Regelung zu den Aufgaben der Studierendenschaft zu übernehmen. Unser Ziel bleibt jedoch eine darüber hinausgehende Stärkung der studentischen Selbstverwaltung durch ein allgemeinpoltisches Mandat.

PDS Die verfasste Studierendenschaft muss erhalten und ausgebaut werden. Viele Entscheidungen betreffen die Studierenden direkt, eine stärkere Mitwirkung und eine Erweiterung der studentischen Rechte ist daher zwangsläufig nötig. Dazu gehört eine größere Autonomie der verfassten Studierendenschaft sowie grundlegende Mitspracherechte bei Entscheidungen der Hochschulen. Brandenburg sollte die Berliner Regelung übernehmen. Perspektivisch ist auch eine Ausweitung auf ein generelles politisches Mandat wünschenswert.

Hochschulfinanzierung ...

Wie stehen Sie zu dem Anliegen, die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung als Investitionsmittel zu deklarieren?

Wie gedenken Sie, den Widerspruch zwischen zunehmenden Qualitätsansprüchen und abnehmenden finanziellen Mitteln aufzulösen?

Welche alternativen Konzepte haben Sie zur Hochschulfinanzierung?

Die Bibliotheken des Landes sind in einer finanziell dramatischen Situation. Können Sie sich eine Sonderförderung vorstellen?



Die PDS will mehr Geld für die Hochschulen und eine Sonderförderung der Bibliotheken. Die SPD will die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft möglichst moderat ansteigen lassen, weil der Geburtenknick kommt und denkt, die Hochschulen seien selbst für eine ausreichende Finanzierung der Bibliotheken verantwortlich. Das sieht die CDU ähnlich und meint ausserdem, das Geld sei endlich und die Hochschulen gut dran. Die FDP will weniger Bürokratie, mehr Geld vom Land, Studiengebühren und mehr Hochschulsponsorring. Die Grünen wollen höhere Einnahmen aus Steuern, Goldreserven verkaufen und eine langfristige Lösung zur Finanzierung der Bibliotheken. Alle Parteien mit Ausnahme der FDP sind sich einig: Ausgaben für die Hochschulen sind Investitionsmittel und sollten auch als solche deklariert werden.

PDS Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sind (!) Investitionen in die Zukunft, insofern wäre es auch konsequent, diese Ausgaben als Investitionsausgaben zu definieren.

Die entscheidende Frage ist die der Prioritätensetzung bei der Mittelvergabe. Bei einem Schwerpunkt „Bildung und Wissenschaft“ ist eine Aufstockung der Mittel nötig und konsequent. Auch wenn sich natürlich weiterhin eine Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ergibt: Fakt bleibt, dass Brandenburg den geringsten Anteil an Hochschulmitteln im Landeshaushalt von allen Bundesländern hat. Das zu ändern muss Pflicht sein.

Freiwilliges Engagement von Stiftern oder Sponsoren ist begrüßenswert, solange die Finanzierung einer Hochschule nicht dominiert wird und die Freiheit von Forschung und Lehre garantiert bleibt. Daher muss die Grundausstattung des Landes ausreichend

sein - auch für die Bibliotheken, die sinnvoll ausgestattet werden müssen. Eine Sonderförderung, zu der es bereits mehrere Initiativen der PDS gab, ist dringend nötig.

SPD Der SPD ist bewusst, dass die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung de facto Investitionen in die Zukunft des Landes sind. Die haushalterische Bewertung dieser Mittel als konsumtive Ausgaben ist ein trauriges Relikt altbackener Kameralistik.

Auch wenn das Gesamtvolumen des Brandenburger Landeshaushaltes in den kommenden Jahren weiter abnehmen wird, sollen die Haushaltsmittel für Bildung, Wissenschaft und Forschung weiter moderat erhöht werden, ohne dabei die demografische Entwicklung aus den Augen zu verlieren. Langfristig wollen wir den Prozentsatz der Abiturientinnen und Abiturienten, die ein Studium beginnen, deutlich erhöhen.

Die Wirtschaft muss einen größeren Beitrag zur Hochschulfinanzierung leisten, denn schließlich profitiert sie von gut ausgebildeten Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Die Hochschulen müssen wirtschaftlich selbstständiger agieren und im Rahmen ihrer eigenständigen Haushaltsaufstellung auch genügend Mittel für die Bibliotheken bereitstellen.



Vor dem Hintergrund, dass die größten Potenziale, die wir in Brandenburg besitzen, Ausbildung und Wissen der Menschen sind, kann man bei den Ausgaben für Wissen und Forschung durchaus von Zukunftsinvestitionen sprechen.

Die Ausgaben für Forschung steigen ohnehin seit langem kontinuierlich und bis 2007 steigen auch die Hochschulausgaben. Wir haben ausserdem Anreize geschaffen für die Einwerbung von Drittmitteln und sind da auf einem guten Weg.

Mit ihren Globalhaushalten entscheiden die Hochschulen selbst, wie viel Geld sie für ihre Bibliotheken ausgeben. Aber wir müssen auch sehen, dass die Gelder endlich sind. Die Summen, die während der Aufbauphase mit dem entsprechenden Sonderprogramm in die Bibliotheken geflossen sind, werden wir leider nicht mehr erreichen können.



Ausgaben für Bildung etc. als Investitionsmittel zu deklarieren, löst keine Haushaltsprobleme. An einer seriösen Finanzpolitik führt kein Weg vorbei.

Das Land Brandenburg gibt im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am wenigsten für die Hochschulen und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen pro Kopf der Bevölkerung aus. Das muss sich ändern. Auch Studiengebühren, deren Aufkommen nicht auf die Landesmittel für die Hoch-

schulen angerechnet wird, können zu einer Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen beitragen.

Die Möglichkeiten zur Einwerbung privater Mittel sind zu verbessern, Hochschulsponsoring darf nicht an bürokratischen Hemmnissen scheitern. Drittmittel und Spenden dürfen nicht auf die Grundausrüstung angerechnet werden.

Die Liberalen werden sich für eine die Funktionsfähigkeit der Bibliotheken gewährleistende finanzielle Ausstattung einsetzen.



Die Grünen haben in ihrem Wahlprogramm festgeschrieben, dass Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung als Investition deklariert werden und nach Möglichkeit so erhöht werden sollen, dass auch Brandenburg Anschluss an die anderen Bundesländer findet.

Die Erleichterung von Sponsoring und Stiftungswesen, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer sollen in diesen Sinne ebenso in Betracht gezogen werden wie der Verkauf von Goldreserven der Bundesbank zu Gunsten einer einmaligen Startinvestition für eine neue Bildungsfinanzierung.

Darüber hinaus setzen wir auf verstärkte Kooperation sowie eine Anpassung der Strukturen und Mittelverteilungsmodelle an die aktuellen Herausforderungen. Zusätzliche Mittel aus Förderprogrammen sollen zur Verbesserung von Lehre und Forschung, zur Schwerpunktbildung und hochschulübergreifenden wie internationalen Vernetzung verwendet werden.

Eine Sonderförderung der Bibliotheken wäre wieder nur Flickwerk. Die finanzielle Grundausrüstung der Brandenburger Hochschulbibliotheken muss in einem Medienvertrag langfristig gesichert werden.

Studienfinanzierung

Das neue BAföG

Wären Sie dazu bereit, im Bundesrat eine Reform des BAföG zu initiieren mit dem Ziel, eine elternunabhängige Förderung Studierender durchzusetzen?

einfach besser mehr

Was werden Sie unternehmen, um verstärkt so genannte 'bildungsferne' und sozial schwache Schichten an die Hochschule zu holen?

Soll es wie in Berlin einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an wissenschaftlichen Einrichtungen geben?

Die Grünen haben mit BAFF bereits ein Konzept für elternunabhängiges BAföG in der Tasche. Die PDS will eine BAföG-Reform, mahnt aber an, sozialer Selektion bereits im Kindesalter entgegenzuwirken. Die SPD findet elternunabhängiges BAföG ungerecht und glaubt, die Hochschulen selbst müssten in Schulen mehr für ein Studium werben. Die CDU denkt, dass der geringe Anteil sozial schwacher Studierender nichts mit den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien zu tun hat, sondern schulische Leistungen besser werden müssen, damit mehr junge Menschen studieren. Die FDP hingegen will ein elternunabhängiges BAföG und mehr Stipendien, hat zu studentischen Tarifverträgen aber keine Meinung. Alle anderen Parteien stehen der Idee aufgeschlossen gegenüber, die PDS und die Grünen haben eigene Initiativen hierzu.



Mit dem Bundesausbildungsförderungsfonds [BAFF] haben wir ein Konzept zu einer elternunabhängigen Förderung von Studierenden vorgelegt - die Voraussetzung dafür, den Zugang zu Bildung unabhängig von sozialer Herkunft zu ermöglichen. Der richtige Weg heisst mehr Förderung, nicht aber Verknappung und Verteuerung des 'Bildungsguts'.

Tarifverträge für studentische Beschäftigte sind Teil des Wissenschaftstarifvertrags, den wir vorgeschlagen haben. Die studentische Initiative TarifiNi wird deshalb von uns politisch unterstützt.



Ja, wir wären bereit, im Bundesrat eine Reform zu initiieren mit dem Ziel einer gerechteren, elternunabhängigen Form der Förderung.

Nur wenn Bildungsnachteile bereits in Kita und Schule ausgeglichen werden können, wird der Anteil der Studierenden aus sozial schwachen Schichten zunehmen. Für die Hochschulpolitik verbietet sich ein

Studium, dass die wirtschaftliche Schwelle zu hoch ansetzt. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, mit denen sich Arbeit und Studium verbinden lassen.

Ein Tarifvertrag würde finanzielle und rechtliche Sicherheit geben und wurde deshalb von der PDS bereits in der 2. Legislaturperiode beantragt, scheiterte allerdings. Es soll eine erneute Initiative geben.



Aus Sicht der Studierenden ist ein elternunabhängiges BAföG selbstverständlich erstrebenswert. Dies widerspricht jedoch dem Gerechtigkeitsgedanken, und es ist kaum vorstellbar, dass elternunabhängiges BAföG für alle auch nur teilweise als Zuschuss vergeben werden könnte.

Um bildungsferne und sozial schwache Schichten an die Hochschulen zu holen, muss frühzeitig in Schulen für ein Studium geworben werden. Dabei dürfen sich die Hochschulen nicht auf andere verlassen, sondern müssen selbst aktiv werden.

Der Landtag hat auf Initiative der SPD einen

Beschluss gefasst, der die Landesregierung auffordert, die Zahl der jungen Brandenburgerinnen und Brandenburger, die unmittelbar nach dem Schulabschluss ein Studium aufnehmen, zu erhöhen.

Studentische Beschäftigte an wissenschaftlichen Einrichtungen sind angemessen zu entlohnen und dürfen nicht als billige Arbeitskräfte behandelt werden. Ein Tarifvertrag ist eine Möglichkeit, die Entgelte zu regeln, der die SPD grundsätzlich positiv gegenüber steht.



Das System der Studienfinanzierung sollte reformiert werden. In der CDU gibt es hier schon konkrete Überlegungen, beispielsweise für Darlehensmodelle.

Der geringe Anteil sozial schwacher Stu-

dierender hat nicht vorrangig mit der finanziellen Situation der Familie zu tun. Wir müssen die Jugendlichen in den Schulen besser vorbereiten; entscheidend ist die Steigerung der schulischen Leistungen und Abschlüsse.

Wir stehen einem studentischen Tarifvertrag prinzipiell aufgeschlossen gegenüber.

FDP

Die Liberalen

Alle Studierenden müssen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Wesentlich hierzu ist die grundlegende Reformierung des Bafög.

Die FDP fordert eine deutliche Verbesserung der Studienförderung durch Stipendien. Dazu sind massive Anstrengungen des Landes, der Hochschulen, der Wirtschaft und privater Stiftungen notwendig.



Studiengebühren

Wollen Sie nach der Wahl Studiengebühren einführen? Wenn ja, nach welchem Modell?

Wie stehen Sie zu Gebühren für angebliche Sonderleistungen (z.B. Sport, Sprachkurse)?

Die FDP will grundsätzlich Studiengebühren und steht dazu. Die PDS ist prinzipiell gegen Studiengebühren und steht dazu auch. Die Grünen sind gegen Studiengebühren im Erststudium. Die SPD ist nur dann für Studiengebühren, wenn sie überall anders auch kommen. Die CDU ist für 'sozial gerechte' Studiengebühren. Gegen Entgelte und Gebühren für Sonderleistungen hat offenbar keine der Parteien ernsthaft etwas.

Die FDP setzt sich grundsätzlich für Studiengebühren ein, sofern sie zu einer Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen beitragen.

Die Grünen lehnen Studiengebühren für das Erststudium ab. Das Erststudium muss frei von Studiengebühren bleiben.

Die PDS will nach der Wahl keine Studiengebühren einführen. Es sollte sogar Ziel sein, bereits existierende verdeckte Studiengebühren abzuschaffen.

Die SPD steht weiterhin für ein gebührenfreies Erststudium. Auch Studiengebühren für Langzeitstudenten sind nicht vorgesehen. Sollten die gesetzlichen Voraussetzungen im Bund geschaffen werden, Studiengebühren zu erheben, dann wird sich auch Brandenburg langfristig diesem Trend anschließen müssen.

Der CDU sind bei Studiengebühren drei Aspekte wichtig: Erstens muss eine Reform bundesweit greifen, zweitens muss das System sozial gerecht sein und darf niemanden ausschließen, der studieren will, und drittens müssen die Einnahmen den Hochschulen zu gute kommen.

Mehr Bund, mehr Land, mehr EU, mehr Mix?

Können Sie sich vorstellen, Kompetenzen des Landes im Hochschulbereich dem Bund oder der EU zu überlassen? Wenn ja, welche Kompetenzen? Wenn nein, warum nicht?



Im Grunde sind sich alle Parteien einig: Der Bund und die EU sollen weiter zahlen, sich aber nicht weiter einmischen. Die SPD geht einen Schritt weiter und will Länderkompetenzen an die Hochschulen weiterreichen.

CDU

Der Bund muss seiner Verantwortung - zum Beispiel für den Hochschulbau - gerecht werden. In anderen Bereichen würden wir uns mehr Deregulierung wünschen, beispielsweise bei den Freiheiten für die Hochschulen, ihre Studenten selbst auszuwählen.

FDP

Die Liberalen

Grundsätzlich muss die Wissenschafts- und Forschungspolitik Ländersache bleiben. Auf Bundes- und europäischer Ebene sind vor allem die Regeln für die Forschungs- und Wissenschaftspolitik zu setzen. Die grundsätzlichen Strukturentscheidungen müssen auf Landesebene fallen. Der Hochschulbau muss weiterhin gemeinsame Bundes- und Landesaufgabe bleiben.



Wissenschaftspolitik ist aus gutem Grund eine Länderaufgabe und sollte dies auch bleiben. Die Zuständigkeit der Länder trägt dazu bei, die Vielfalt im Hochschulbereich zu sichern. Rahmengesetzgebung und die finanzielle Beteiligung des Bundes sichern Vergleichbarkeit und Standards. Ein Abbau der Verflechtung mit dem Bund im Hochschulbau und der Forschungsförderung kann nur im Rahmen einer grundsätzlichen Neuordnung des Länderfinanzausgleichs,

einer Neujustierung der Aufgaben von Bund und Ländern und einer langfristig ausgelegten und ausreichenden Hochschulfinanzierung erfolgen.

PDS

Ziel einer Reform des Föderalismus muss es sein, Kompetenzen klar zuzuweisen. Bildung und Wissenschaft ist bisher eine Länderkompetenz, auch wenn der Bund beispielsweise beim Hochschulbau eingreift. Eine noch weiter gehende Verquickung in diesem Politikfeld ist nicht wünschenswert. Der Hochschulbereich muss eine eindeutige Kompetenz der Länder bleiben. Jedoch muss sich der Bund eine gewisse Ausgleichsfunktion erhalten, um eine Gleichwertigkeit und eine realistische Konkurrenz zu gewährleisten.

SPD

Im Rahmen des Bologna-Prozesses müssen die Hochschulen bereits weitgehende Reformen der Studiengänge vollziehen. Wir sind der Überzeugung, dass dies nur bei einer weitergehenden Hochschulautonomie zu leisten ist. Die Kompetenzen der Länder sollen eher an die Hochschulen übergehen als auf andere staatlichen Ebenen verlagert werden.

www.brandstuve.de

Studienreform

Können Sie sich vorstellen, zusätzlich zu Bachelor/Master-Studiengängen einige der bisherigen Studiengänge aufrecht zu erhalten? Wenn ja, für welche Fächer?

Nach welchen Kriterien soll der Zugang zu einem Master-Studiengang geregelt werden? Soll die Anzahl der Studienplätze im Master geringer sein als im zugehörigen Bachelor Studiengang?

Künftig werden pro Semester 900 Arbeitsstunden verlangt; dies entspricht einer 37,5-Stunden-Woche und vernachlässigt, dass zwei Drittel aller Studierenden arbeiten müssen. Wie stehen Sie zu einer Anpassung der Anforderungen?

Wie stehen Sie zu einem Teilzeitstudium?

Die SPD will Bachelor- und Masterabschlüsse möglichst zügig und komplett. Die CDU kann sich einige Ausnahmen vorstellen. Die FDP sagt dazu nichts. Die Grünen finden Bachelor- und Masterstudiengänge nur dann ok, wenn sie die Qualität verbessern und bemängeln, das alles viel zu schnell passiert. Das sieht die PDS ähnlich und will evaluieren lassen, für welche Studiengänge Bachelor und Master Sinn machen.

SPD, Grüne und PDS mahnen an, dass die Masterstudienplätze nicht geringer sein dürfen als die Bachelorstudienplätze. Die FDP sagt dazu wieder nichts. Die CDU sieht das ganz anders. Sie will den Bachelor zum Regelabschluss erheben und deswegen muss die Anzahl der Masterstudienplätze 'selbstverständlich' um ein Vielfaches geringer sein.

SPD, Grüne und FDP befürworten ein Teilzeitstudium. Auch die PDS ist dafür, findet aber, es ist ein Armutszeugnis der Politik, wenn jemand teilzeit studieren muss. Die CDU sieht die Verantwortung für Teilzeitstudienangebote bei den Hochschulen.

SPD

Die zügige Umsetzung des Bologna-Prozesses hat oberste Priorität. Dies bedeutet, dass sämtliche Studiengänge als Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten werden.

Die Anzahl der Studienplätze für Master-Studiengänge darf keinesfalls geringer sein als für Bachelor-Studiengänge - es widerspricht dem Konzept des lebenslangen Lernens in der Wissensgesellschaft.

Nicht jeder Bachelor-Abschluss kann als Voraussetzung für jeden Master-Studiengang gewertet werden (etwa vom Bachelor für BWL zum Master in Medizin), allerdings müssen als Zugangskriterien auch Qualifikationen berücksichtigt werden, die außerhalb der Hochschule erworben wurden.

Die SPD sieht die zeitlichen Anforderungen an die Studierenden – bereits unabhängig von der Notwendigkeit nebenher jobben

zu müssen – kritisch. Gerade während der Studienzeit sollten junge Menschen die Möglichkeit haben, ihren kulturellen Interessen nachzugehen und sich gesellschaftlich zu engagieren. Dazu bedarf es der Möglichkeit des Teilzeitstudiums und einer Reform der Studienfinanzierung.

CDU

Es gibt internationale Verabredungen, bis 2010 die Bachelor- und Masterabschlüsse einzuführen. Einige wenige Ausnahmen halten wir für denkbar.

Da der Bachelor der Regelabschluss ist, wird die Anzahl der Master-Studienplätze selbstverständlich vielfach geringer sein.

Da die Arbeitsstunden europaweit festgelegt sind, ist die Diskussion über die Frage reichlich theoretisch.

Welche Angebote für ein Teilzeitstudium

die Hochschulen unterbreiten, muss ihnen überlassen bleiben.

Die Liberalen

Das Modell von Bildungsgutscheinen muss so gestaltet werden, dass die Studierenden die Möglichkeit haben, die Dienstleistungen ihrer Hochschule über einen von ihnen selbst bestimmten Zeitraum in Anspruch nehmen zu können.



Die Bachelor/Master-Studiengänge können nur dann die bisherigen Studiengänge vollständig ersetzen, wenn sie eine Qualitätsverbesserung erwarten lassen. Das lässt sich nur mit genügend Vorbereitungszeit realisieren. Ein überreilter Ersatz bisheriger Studiengänge macht Studierende zu Beta-Testern für unausgelegene politische Vorgaben.

Masterstudiengänge sollen ohne Zahlung von Studiengebühren belegbar sein. Voraussetzung ist ein abgeschlossenes Bachelorstudium. Die Anzahl der Master-Studienplätze darf nicht als Zulassungsbeschränkung missbraucht werden.

Nur mit einer Entkoppelung von Belegpunkten und Studienzeit ist gewährleistet, dass die Studierenden Studium und Lebensplanung aufeinander abstimmen können.

Teilzeitstudierenden sollten keine Steine durch Gebühren oder unangemessene Fristen in den Weg gelegt werden.

Ein dauerhaftes Parallelangebot von alten und neuen Studienarten kann nicht sinnvoll sein. Es würde zu unnötiger Konkurrenz, Parallelstrukturen und Doppelbelastungen führen. Sinnvoll wäre an dieser Stelle eine klare Evaluation, welche Studiengänge als Bachelor/Master geeignet sind und welche nicht.

Zugang zum Master muss jede/r haben, die/der mit einem Bachelor abgeschlossen hat, egal wie viel Zeit zwischen dem Bachelor und dem Master liegen. Ist der Master konsekutiv, verbieten sich jegliche Beschränkungen. Der zu einem Bachelor dazugehörige Master muss in gleicher Anzahl angeboten werden. Es müssen allerdings auch Anreize geschaffen werden, einen vom Bachelor fachfremden Master zu ergänzen. Eine definitive Absage muss es gegenüber Überlegungen geben, den Master mit Studiengebühren zu belegen.

Eine 37,5-Stunden-Woche ist völlig indiskutabel und geht an der Realität vorbei. Eine Anpassung nach unten ist zwingend gegeben. Da dies jedoch eine bundesweite Vorgabe ist, wird sich hier nur schwer etwas bewegen lassen.

Ein Studium muss und sollte immer als Vollzeitstudium leistbar sein. Ist das aufgrund wirtschaftlicher oder persönlicher Umstände nicht möglich, ist dies zunächst ein Armutszeugnis für die Politik. Trotzdem sollte das Teilzeitstudium gleichberechtigt neben dem Vollzeitstudium existieren. Wollen Studierende in Teilzeit studieren oder sind sie dazu gezwungen, so dürfen sie nicht Studierende zweiter Klasse werden.

Brandenburg goes international ...



Welche Möglichkeiten sehen Sie, finanzielle Voraussetzungen zu schaffen, um den Anteil ausländischer Studierender zu erhöhen?

Wie wollen Sie erreichen, dass das Sprachkursangebot dem Bedarf und den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden gerecht wird?

Wie stehen Sie zur Öffnung des Hochschulzugangs für Asylsuchende verschiedener Statusgruppen und geduldete Personen?

Die PDS will ein Stipendiensystem für ausländische Studierende. Die SPD glaubt, das würde den Landeshaushalt überfordern. Die CDU ist davon überzeugt, dass die Hochschulen nur besser werben müssten. Die FDP hofft, die Umsetzung des Bologna-Prozesses sei Anreiz genug. Die Grünen wollen eine finanzielle Förderung und, ebenso wie die PDS, eine massive Verbesserung der Begleitumstände.

Gebühren für Pflichtsprachkurse will keine Partei, Gebühren für freiwillige Sprachkurse schließt keine Partei ganz aus - und die FDP hält sich raus.

Die PDS und die Grünen stehen einer Öffnung für Asylsuchende positiv gegenüber, die anderen Parteien nicht.

PDS

Das abgeschaffte Stipendien-System für ausländische Studierende muss wieder eingeführt werden. Ebenso muss es Sonderregelungen für Beiträge und Gebühren sowie Sonderangebote bei Wohnraum u.ä. geben.

Sprachkurse, die Pflicht für den Studienverlauf sind, müssen in jedem Fall kostenfrei sein; die erste studienergänzende Sprache sollte ebenfalls kostenfrei sein.

Ein Studium sollte grundsätzlich für alle offen sein, die eine Hochschulzugangsberechtigung oder eine ähnliche Qualifikation besitzen. Dies schließt auch diejenigen ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, aber formal als Asylsuchende oder geduldete Menschen keine Erlaubnis dazu haben.

SPD

Die ausländischen Studierenden finanziell zu fördern übersteigt die Leistungsfähigkeit des Landeshaushaltes. Immerhin ist für sie das Studium in Deutschland kostenlos. Auch ausländische Studierende

können bei vielen Stiftungen Stipendien beantragen. Diese Möglichkeit wird viel zu wenig genutzt.

Die SPD will vor allem das Angebot und die Qualität des Sprachunterrichts an den Schulen verbessern. Darüber hinausgehende Sprachkurse an Hochschulen, die nicht im Lehrplan verpflichtend vorgeschrieben sind, sollen zwar angeboten werden, können jedoch nicht gänzlich kostenfrei sein.

Die Aufnahme eines Studiums ist problematisch, wenn der rechtliche Status unklar ist, meist die erforderlichen Sprachkenntnisse für ein Studium ebenso fehlen wie die Dokumente, um die Hochschulzugangsberechtigung belegen zu können.

CDU

Die Hochschulen brauchen auch weiterhin einen guten Ruf und müssen selbst werben, dann kommen auch weiterhin ausländische Studenten.

Für den Erwerb von Sprachkenntnissen setzen wir auf intelligente Modelle, wie das

Sprachenzentrum in Frankfurt (Oder).

Solange der Status von Asylbewerbern ungeklärt ist, halten wir eine Öffnung für nicht sinnvoll.

FDP

Die Liberalen

Um die Attraktivität für ausländische Studierende zu erhöhen, soll in Brandenburg die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen schon vor 2010 abgeschlossen sein. Gleichzeitig muss das Europäische Kreditpunktesystem an allen brandenburgischen Hochschulen umgesetzt werden.



Die internationale Attraktivität der Brandenburgischen Hochschulen sollte gesteigert

werden durch ein breites Angebot an wissenschaftlichen und kulturellen Angeboten, durch international ausgerichtete Graduierten- und Postdoc-Programme, durch finanzielle Förderung ausländischer Studierender und nicht zuletzt auch durch eine intensivere Nutzung vorhandener Austauschmöglichkeiten.

Die Hochschulen sollen dazu verpflichtet werden, die Sprachenausbildung nach dem entsprechenden Bedarf vorzuhalten. Viele Studien- und Prüfungsordnungen setzen obligatorisch fremdsprachliche Kenntnisse voraus, von daher dürfen Gebühren für Sprachkurse kein Zugangshindernis darstellen.

Wir sehen eine Öffnung des Hochschulzugangs grundsätzlich positiv.

Zugangsbedingungen

Soll das Abitur eine hinreichende Bedingung zum Hochschulzugang sein?

Wie wollen Sie das Missverhältnis zwischen flächen- und personenbezogenen Studienplätzen einerseits und den real viel zahlreicheren Studierenden ausgleichen?

Halten Sie Eignungstests als Auswahlkriterium für sinnvoll?



Die Grünen, die PDS und die CDU wollen am Abitur als hinreichendes Kriterium für den Hochschulzugang festhalten. Die SPD schaut in die Zukunft und hält es dort für absehbar, dass das Abitur nicht mehr genügen wird. Die FDP trifft dazu keine Aussage.

Die Grünen wollen an 35.000 Studienplätzen festhalten. Die PDS legt sich auf keine Zahlen fest, will aber die Hochschulentwicklungsplanung überarbeiten. Die SPD findet die zu geringen Studienplätze ärgerlich, aber im Vergleich zu anderen Bundesländern erträglich. Die CDU sieht das ganz ähnlich. Die FDP hat auch hierzu keine Position.

Bei den Eignungstests stehen drei befürwortende Parteien (SPD, CDU und FDP) zwei ablehnenden Parteien gegenüber (Grüne und PDS).



Ja, das Abitur soll hinreichend sein, wobei es nach wie auch andere Formen des Hochschulzugangs geben muss.

Wir wollen am ursprünglichen Ausbauziel von 35.000 Studienplätzen für Brandenburg festhalten. Schon jetzt sind bei uns rund 38.000 Studierende eingeschrieben.

Wir sehen die Auswahlverfahren mit Eignungstests als ein bürokratisches Schelmenstück an. Die gerade in der Studieneingangsphase ohnehin schon fehlenden personellen Ressourcen werden für ein letztlich unsinniges Vorhaben weiter strapaziert. Ein Zusammenhang zwischen Eignungstest und Studienerfolg ist bislang empirisch nicht nachgewiesen. Wir lehnen solche Einschränkungen des Hochschulzugangs ab.



Das Abitur als Hochschulzugang hat sich bewährt und sollte weiterhin die normale Voraussetzung sein. Die Ausnahmen, die auch schon heute ein Studium ohne Abitur erlauben, müssen zu Gunsten der bildungsfernen Schichten erhalten bleiben.

Die Hochschulentwicklungsplanung muss dringend überarbeitet und den gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden. Prinzipiell sollte eine höhere Quote von Studienanfängern und Studienabgängern erreicht werden. Dazu sind natürlich primär Umverteilungen im Haushalt nötig.

Die Eignungstests, die das geänderte brandenburgische Hochschulgesetz vorschreibt, sind kein sinnvolles Auswahlkriterium. Bei einer nötigen Novellierung des Gesetzes muss dieser Passus gestrichen werden.



Es ist absehbar, dass künftig das Abitur nicht gänzlich hinreichend für den Hochschulzugang sein wird. Solange es Zulassungsbeschränkungen für besonders stark nachgefragte Studienfächer gibt,

müssen Kriterien gefunden werden, um diese Studienplätze (gerecht) zu vergeben. Eine optimale Lösung dafür wird es nie geben.

Das Missverhältnis zwischen personen- bzw. flächenbezogenen Studienplätzen und der tatsächlichen Zahl der Studierenden in Brandenburg ist ein Ärgernis, das sich jedoch nicht von heute auf morgen beheben lässt. Es soll keine Rechtfertigung sein, aber ehrlichkeitshalber muss auch gesagt werden, dass Brandenburg im Bundesvergleich noch relativ viel Personal für seine Studierenden zur Verfügung stellt.

Dass die Abiturnote allein wenig über die Motivation und Eignung eines Studienbewerbers aussagt, ist eine Binsenweisheit. Die Brandenburger SPD spricht sich deshalb grundsätzlich dafür aus, dass sich die Hochschulen ihre Studierenden selbst aussuchen können (und ihre Professoren auch).



In der Regel soll das Abitur hinreichend bleiben. Ausnahmen bestätigen die Regel, zum Beispiel in künstlerischen Studiengängen.

Dass es mehr eingeschriebene Studenten als formal Studienplätze geben wird, ist keine Brandenburger Besonderheit, das ist in allen anderen Bundesländer auch so.

Wir sind sehr dafür, den Hochschulen großen Entscheidungsspielraum zu lassen, ob und in welchem Umfang sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Studenten selbst auszuwählen.



Im Gegenzug zur Selbstauswahl der Studierenden durch Bildungsgutscheine sollen zukünftig die Hochschulen ihre Studierenden durch Eingangstests auswählen. Die FDP in der Landesregierung wird den Staatsvertrag über die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) unverzüglich kündigen.

Autonomie = mehr Freiheit ?!



Wie stehen Sie zur finanziellen Autonomie der Hochschulen (zum Beispiel Globalhaushalt, Rücklagen, Eigentum, Sponsoring, Ausnahme von Minderausgaben und Stellensperren)?

Halten Sie eine weitere Stärkung der Autonomie der Hochschulen für notwendig?

Können Sie sich vorstellen, die Personalhoheit komplett an die Hochschulen zu delegieren?

Alle Parteien wollen mehr Autonomie für die Hochschulen, sowohl in finanziellen Dingen als auch in Personalfragen. Die PDS und die Grünen warnen davor, Globalhaushalte zu versteckten Kürzungen zu missbrauchen und den Hochschulen dann nur noch das Krisenmanagement zu überlassen. Beide Parteien mahnen gemeinsam mit der SPD auch an, mit einer Stärkung der Autonomie eine Stärkung der hochschulinternen Demokratie zu verbinden.

FDP

Die Liberalen

Das Landeshochschulgesetz muss entrümpelt und auf Kernbereiche zurückgeführt werden. Dabei soll der Grundsatz gelten: was die Hochschulen in eigener Regie entscheiden können, darin soll sich der Staat nicht einmischen. Die FDP Brandenburg will eine autonome Hochschule, die über ihre Angelegenheiten selbst entscheidet.



Angesichts der strukturellen Unterfinanzierung gewährt finanzielle Autonomie den Hochschulen allenfalls mehr Freiheit bei der Verwaltung des Mangels. Eine solide und langfristig gesicherte Finanzierung der wissenschaftlichen Einrichtungen erreichen wir nur, wenn die Zuweisungen des Landes den tatsächlichen Bedarf decken.

Die Autonomie wissenschaftlicher Einrichtungen wird gestärkt, wenn sie selbst Tarifpartner der Gewerkschaften sind. Durch einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag können flexiblere Arbeitsverhältnisse und leistungsbezogene Entlohnung abgesichert werden, ohne dabei Rechte von

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu beschneiden. Ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten im Wissenschaftsbereich gibt den wissenschaftlichen Einrichtungen die notwendigen Instrumente für eine effiziente und vorausschauende Personalplanung an die Hand. Die Übertragung der Diensttherreneigenschaft auf die Hochschulen darf allerdings nicht dazu führen, die Hochschulhaushalte mit den Pensionen aus früherer Zeit zu belasten.



Die Autonomie der Hochschulen ist sinnvoll. Maßnahmen wie Globalhaushalte sind beizubehalten. Allerdings sollten Hochschulen hier eine weitergehende Autonomie erhalten als bisher vorgesehen, indem sie von Haushaltssperren und globalen Minderausgaben ausgenommen werden. Auch Bildung von Rücklagen oder Eigentum muss im Bereich des möglichen sein. Bei entsprechend geregelter gleichberechtigter Mitbestimmung aller Gruppen an einer Hochschulen kann die Autonomie auch noch verstärkt werden. Benennung von nicht-verbeamteten Personal sollte dann in der Hoheit der Hochschule liegen,

Beamte sollte formell weiterhin das Ministerium ernennen. Auch in Fragen der Organisation könnten die Hochschulen weitgehend autonom agieren. Dem Ministerium sollte jedoch die endgültige Rechts- und Fachaufsicht erhalten bleiben.

Hochschulpräsidenten nicht die Rolle eines allmächtigen Managers erhalten. Hochschulen sind keine Wirtschaftsunternehmen sondern haben auch einen staatlichen Auftrag zu erfüllen.



Die Brandenburger SPD hält eine weitere Stärkung der Autonomie der Hochschulen für notwendig und möchte die Hochschulen weitgehend unabhängig von politischen Begehrlichkeiten oder staatlicher Gängelung machen. Die bereits eingeführten Globalhaushalte können nur ein erster Schritt sein. Die Hochschulen sollen rechtlich und wirtschaftlich eigenständig agieren können und auch die Personalhoheit erhalten. Dazu bedarf es eines modernen Managements inklusive permanenter Erfolgskontrolle - auch durch die Studierenden. Allerdings müssen die Hochschulsatzungen so weiterentwickelt werden, dass ein gerechter Interessenausgleich zwischen allen Akteuren an einer Hochschule möglich wird und die

Unser Ziel ist es, die Hochschulen in ihrer Autonomie weiter zu stärken und ihnen neue Freiheitsgrade zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre zu schaffen. Hierzu müssen bürokratische Verfahren weiter vereinfacht und Zuständigkeiten soweit wie möglich auf die Hochschulen selbst übertragen werden. Die Hochschulen wissen selbst am allerbesten, was gut für sie ist. Daher befürworten wir auch vom Grundsatz her die in der Fragestellung genannten Beispiele.

Auch bei der Personalhoheit haben die Hochschulen in jüngster Vergangenheit schon viele Freiheiten dazu gewonnen. Aufsicht und Steuerungsmöglichkeiten durch das Wissenschaftsministerium halten wir jedoch weiterhin für sinnvoll.



Frauenförderung

Durch das neue Mittelvergabemodell sind die brandenburgischen Hochschulen dazu angehalten, die Frauenförderung zu verstärken. Welche weiteren Maßnahmen können Sie sich vorstellen?

Die CDU hält das aktuelle Engagement der Hochschulen für ausreichend. Die FDP fordert an Leistungskriterien gebundene Frauenförderung. Die Grünen wollen Landesmittel an erfolgreiche Frauenförderung binden. Die PDS denkt über eine Frauenquote nach. Die SPD will mehr Überzeugungsarbeit an Schulen und mehr Stipendien speziell für Frauen.

CDU: Hier sind die Hochschulen schon sehr engagiert und kreativ. Wir denken, dass das Rad dabei nicht ständig neu erfunden werden muss.

Die FDP fordert eine verstärkte Frauenförderung im Wissenschaftsbereich, die an Leistungskriterien ausgerichtet ist.

GRÜNE: Die Vergabe von Landesmitteln an die Hochschulen sollen an Kriterien erfolgreicher Frauenförderung gebunden werden.

PDS: Die Besetzung von Stellen könnte an das Ge-

schlechterverhältnis der vorhergehenden Stufe gekoppelt werden - wenn es 50% Studentinnen gibt, muss es auch 50% Doktorandinnen geben. Ausserdem sollte ein Studium mit Kind wesentlich besser gefördert werden.

SPD: Junge Mädchen und Frauen sollen gezielt ermuntert werden, nach dem Abitur ein Studium aufzunehmen. Während des Studiums dürfen Kinder kein Hinderungsgrund sein. Das geforderte 'Regine-Hildebrandt-Stipendium' für Studierende und junge Wissenschaftler könnte zur gezielten Frauenförderung genutzt werden.

Studentenwerke

Die Studentenwerke in Brandenburg sind von deutlichen finanziellen Kürzungen betroffen. Wollen Sie an dieser Planung festhalten oder die Kürzungen zurück nehmen?

Welche Leistungen des Studentenwerkes sollten Ihrer Meinung nach weiter finanziert werden und welche Leistungen nicht oder nicht mehr im selben Umfang?

Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die Situation der Studierenden mit Kind zu verbessern?

Die CDU und die PDS finden die Kürzungen nachvollziehbar bzw. gerechtfertigt. Die Grünen wollen die Kürzungen möglichst rückgängig machen, und die SPD hofft darauf, dass die Studentenwerke die Kürzungen kompensieren können.

Die FDP machte zum ganzen Komplex keine Angaben.

SPD

Die Studentenwerke nehmen wichtige Aufgaben wahr. Dies soll auch so bleiben und dafür sollen die Studentenwerke auch weiterhin finanzielle Unterstützung durch das Land erhalten. Die SPD bedauert die Kürzungen durch das Wissenschaftsministerium, hofft jedoch, dass durch die effektivere Organisation der Studentenwerke die vorgenommenen Mittelkürzungen zumindest teilweise kompensiert werden können.

CDU

An den beschlossenen Kürzungen führt kein Weg vorbei. Es darf dabei bitte nicht vergessen werden, dass die Studentenwerke in Brandenburg vorher im Bundesvergleich überdurchschnittlich gut ausgestattet waren.

Wir wollen die Menschen ermutigen, sich für ein Leben in der Familie und für Kinder zu entscheiden. Wir setzen großes Vertrauen in die Studentinnen und Studenten mit Kindern selbst, mit dieser besonderen aber dennoch wunderschönen Situation kreativ umzugehen.



Zu den Aufgaben der Studentenwerke gehört es, insbesondere sozial schwächere Studierende darin zu unterstützen, ihr Studium erfolgreich abzuschließen. Das Land Brandenburg darf sich bei seinen Studentenwerken nicht aus der Verantwortung ziehen und die Kosten an die Studierenden weitergeben. Wir werden prüfen, inwieweit Kürzungen zurückgenommen werden können.



Bei genauer Betrachtung muss festgestellt werden, dass die Studentenwerke sehr teuer und ineffizient arbeiten. Daher sind die Kürzungen nachvollziehbar. Allerdings muss das eingesparte Geld anderswo für Studierende eingesetzt werden.

Neben der Kinderbetreuung sind besonders die Verbesserung der finanziellen Situation und der Studienbedingungen wichtig für Studierende mit Kind. Es wird immer viel über Wettbewerb über zwischen den Hochschulen zu Forschung und Lehrpersonal geredet ... warum nicht ein Wettbewerb um die kinderfreundlichste Hochschule?